

An American Newspaper which stands for American ideals and principles—published in the German language for American citizens who read German

Tägliche Omaha Tribune

PUBLISHED AND DISTRIBUTED UNDER PERMIT (No. 864), AUTHORIZED BY THE ACT OF OCTOBER 3, 1917, ON FILE AT THE POST OFFICE OF OMAHA, NEBR. BY ORDER OF THE PRESIDENT A. S. DURLISON, POSTMASTER-GENERAL

85. Jahrgang.

Omaha, Nebr., Donnerstag, den 11. März 1920

4 Seiten—No. 311

Scharfe Maßnahmen gegen Türkei geplant

90,000 Griechen werden unter Befehl eines britischen Generals gegen den Nationalisten Kemal Pascha gegebenenfalls vorrücken

Türkisches Parlament stellt Massaker in Abrede

London 11. März. (Von Ed. S. A. Korrespondent der United Press.) Politische Beobachter wollen wissen, daß die Friedenskonferenz sich mit dem Gedanken trägt, drastische militärische Maßnahmen in Kleinasien zu ergreifen, sollte sich dieses als nötig erweisen. Premier Venizelos will dem Rat der Auslandminister zu diesem Zwecke griechische Truppen zur Verfügung stellen; den Oberbefehl über diese Streitkräfte würde der britische General Milne führen. Admiral Beatty, Winston Spencer Churchill und militärische Führer konferieren gestern mit dem Rat und beraten über die zu ergreifenden militärischen Maßnahmen. Es wird erwartet, daß Carl Czuzon von Kreta, Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, dem Unterhause ein allgemeines Programm unterbreiten wird.

Es verlautet, daß verschiedene Klauseln des Vertrags mit der Türkei umgeschoben werden würden; besonders jene, die sich direkt auf Konstantinopel beziehen. Der in London weilende Patriarch von Armenien hat den Präsidenten Wilson ersucht, einzuschreiten, damit der Vertrag in Kleinasien Einheitsgesetze. Er bittet darum, daß die Ber. Staaten mit den Alliierten Hand in Hand arbeiten, um die Türken aus Europa zu vertreiben. Ein ähnliches Kabinettsprogramm ist von 100 armenischen Bischöfen an den Präsidenten abgegangen. Der Bericht der türkischen Kommission der Alliierten wurde am Mittwoch nachmittag dem Obersten Rat vorgelegt, und es wird gesagt, daß die meisten Vorschläge desselben vom Obersten Rat angenommen worden sind.

Die Kommission hat die Resolution sehr strenge Maßnahmen gegen die Türkei empfohlen, um der Türkei einzuschließen, daß die Alliierten entschlossen sind, die Durchführung der Waffenstillstands-Bedingungen von der Türkei zu erzwingen und dieselbe zu einer zivilisierten Behandlung der Armenier und anderer Nationen zu nötigen. Zu diesem Zweck wird der Rat die Besetzung wichtiger Plätze in der europäischen und asiatischen Türkei durch alliierte Truppen verfügen. Eine Strafexpedition gegen die Türkei wird für den Fall angeordnet, daß die bisherigen Maßnahmen ihren Zweck verfehlen. Die Aufgabe, den Führer der türkischen Nationalisten in Kleinasien, Kemal Pascha, und seine Truppen zur Ruhe zu bringen, wird wahrscheinlich der griechischen Armee, die in einer Stärke von 90,000 Mann in und um Smyrna lagert, zufallen. Kemal Pascha dürfte nicht über 40,000 Mann zählen. Der Friedensvertrag mit der Türkei scheint der Vollendung sehr fern zu liegen, wenigstens wird der vorliegende Entwurf bedeutende Änderungen erfahren.

Die Kommission hat die Resolution sehr strenge Maßnahmen gegen die Türkei empfohlen, um der Türkei einzuschließen, daß die Alliierten entschlossen sind, die Durchführung der Waffenstillstands-Bedingungen von der Türkei zu erzwingen und dieselbe zu einer zivilisierten Behandlung der Armenier und anderer Nationen zu nötigen. Zu diesem Zweck wird der Rat die Besetzung wichtiger Plätze in der europäischen und asiatischen Türkei durch alliierte Truppen verfügen. Eine Strafexpedition gegen die Türkei wird für den Fall angeordnet, daß die bisherigen Maßnahmen ihren Zweck verfehlen. Die Aufgabe, den Führer der türkischen Nationalisten in Kleinasien, Kemal Pascha, und seine Truppen zur Ruhe zu bringen, wird wahrscheinlich der griechischen Armee, die in einer Stärke von 90,000 Mann in und um Smyrna lagert, zufallen. Kemal Pascha dürfte nicht über 40,000 Mann zählen. Der Friedensvertrag mit der Türkei scheint der Vollendung sehr fern zu liegen, wenigstens wird der vorliegende Entwurf bedeutende Änderungen erfahren.

Dichter Martin Dreischer gestorben

New York, 11. März.—Zu Masch, H. S. ist der deutsch-amerikanische Dichter und Schriftsteller und eine der originellsten literarischen Persönlichkeiten aus dem Leben geschieden. Martin Dreischer wurde am 8. Mai 1863 in Thüringen geboren. Er studierte in Göttingen Jura, wanderte aber bereits als junger Mann nach Amerika aus, da er sich, wie er in einem seiner Gedichte schilderte, nicht „auf der breiten Straße der Mittelmaßigkeit“ bewegen wollte. Die Ber. Staaten hat er quer durchzogen, dabei mußte er öfters als Tagelöhner arbeiten, als „lustiger Baggart“ mancherlei Unbill ertragen.

Damrosch Orchester auf der Konzert-Tour

New York, 11. März.—Das New Yorker Symphonie-Orchester, das aus 93 Musikanten besteht, wird am 22. März auf dem Danziger „Hochabend“ zu einer ausgedehnten Konzerttour abgehen, wie dessen Leiter, Walter Damrosch, ankündigt. Albert Spelling, Violinist, und John Powell, Komponist und Pianist, werden das Orchester als Solisten begleiten. Für die Eröffnungskonzerte am 4., 6. und 9. Mai hat die französische Regierung Herrn Damrosch das Pariser Opernhaus zur Verfügung gestellt, während die belgische Regierung das Theatre Royal de la Monnaie für das Konzert in Brüssel bereitstellt. Für die besuchenden Musiker werden in diesen Städten und auch in London und Rom Empfänge veranstaltet werden.

Zucker-Verbrauch nimmt riesig zu

New York, 11. März.—Der Reingewinn der American Refining Co. betrug für das Jahr 1919 \$15,250,619, gegen \$12,567,487 im Jahre 1918. Der soeben veröffentlichte Jahresbericht der Gesellschaft zeigt, daß der Jahresumsatz sich auf \$300,000,000 beläuft, etwa \$100,000,000 mehr als im Vorjahre. Der Bericht beweist ferner, daß der Anteil der Gesellschaft an dem gesamten Zuckerumsatz des Landes von 60 Prozent im Jahre 1900 auf 27 Prozent im Jahre 1919 gefallen ist. Die dem Bericht beigegebene Statistik über den Zuckerverbrauch des Landes behauptet, daß derselbe im letzten Jahre zum ersten Male 4,000,000 Tonnen überstieg. Dadurch wird der Verbrauch des letzten Jahres um 500,000 Tonnen, der bisher höchsten Jahres 1915 um 200,000 Tonnen übertroffen.

Versuch, Bela Kun zu befreien

Paris, 11. März.—Bela Kun, der ehemalige kommunistische Diktator Ungarns, befindet sich, nach Wiener Zeitungen, noch in Gewahrsam, obwohl kürzlich ein entschlossener Versuch gemacht wurde, ihn zu entlassen. Zehn Leute hätten, nach Versicherung des Schlichters, Zutritt zu dem Sanatorium gewonnen, in welchem Bela Kun interniert war, und wollten ihn hinwegbringen, doch mißglückte der Plan, denn der Schlichter bereute seine Tat und schlug Alarm. Die Teilnehmer an dem Komplott entamen. Sie gaben sich für ungarische Offiziere aus.



Oberst Theodore Roosevelt im Kreise seiner Familie.

Großes Bankett zu Ehren Hitchcocks

Sein Präsidentschafts-„Bühnen“ wird heute Abend formell in Gang gebracht.

Seute Abend um 6:30 Uhr findet im Fontenelle Hotel ein großes Bankett zu Ehren unseres Bundesleiters Gilbert M. Hitchcock statt, um seine Kandidatur für die Präsidentschaftsnominierung formell und mit großem Pomp anzukündigen. Man erwartet eine überaus starke Beteiligung der führenden Parteigänger, mit Ausnahme der Bryaniten, die sich zur Opposition gegen Hitchcock jetzt formell organisieren.

Keine Anleihen mehr für die Alliierten

Schakamt plant, ihnen Zinsen für drei Jahre während der Refraktation zu fünden.

Washington, 11. März.—Die Anstündigung des Schatzamtssekretärs Souffon, daß den Alliierten keine weiteren Anleihen gewährt werden würden, scheint anzudeuten, daß das Schatzamt sich der von den Schuldernationen empfohlenen Politik angeschlossen hat, wonach die Zinszahlung der Alliierten auf drei oder mehrere Jahre verschoben wird. Unter der vom Kongress gewährten Befugnis, den Alliierten einen Kredit von \$10,000,000,000 einzuräumen, hat das Schatzamt Anleihen im Betrag von \$9,659,831,649 bewilligt. Sekretär Souffon erklärt, daß die Restsumme des erlaubten Kredits nicht ausgenutzt werden würde, da genügend Vorschüsse gemacht worden wären. In Verbindung der Frage erklärte Schatzamtssekretär, daß die Alliierten auf die Kurslage und die unsicheren wirtschaftlichen Verhältnisse der europäischen Länder während der Refraktationsperiode es das Beste sei, keine Anleihen zu tätigen. Die Zinszahlungen für wenigstens drei Jahre zu fünden. Nach Verlauf der Zeit dürften sie imstande sein, die Zahlungen aufzunehmen.

Mondell opponiert Soldaten-Prämien

Washington, 11. März.—Der republikanische Parteiführer Mondell erklärte vor dem Hauskomitee für Mittel und Wege, daß eine große Ausgabe von Regierungsoptionen zu Gunsten der früheren Soldaten zu einer finanziellen Panik führen könnte. Eine solche Maßnahme würde den Wert der im Umlauf befindlichen Regierungsoptionen bedeutend herabdrücken und den Kredit aufschwellen und die Preise wie einen Luftballon in die Höhe treiben. Mondell erklärte ferner, daß er keine Mittel sehen könne, durch welche weitere Steuern für das nötige Einkommen zur Gewährung irgend eines Soldatenprämienprogramms erhoben werden könnten.

Streich-Altmatrum der britischen Bergleute

London, 11. März.—Die britischen Kohlenbergleute haben mit 524,000 gegen 346,000 Stimmen zu gunsten einer Streikpolitik entschieden, falls ihre Forderungen mit Einfluß der Forderung nach Verstaatlichung der Gruben, nicht bewilligt werden. Das Resultat der Abstimmung ist von den Führern der Bergleute in London veröffentlicht worden.

Cardieu nimmt Frankreich in Schutz

Behauptet, daß Wilson in seinem Brief an Hitchcock Frankreich gegenüber angegriffen ist.

Paris, 11. März.—Andre Cardieu, der sich längere Zeit als Mitglied der französischen Mission in den Ber. Staaten aufgehalten hat und auch am Friedensstisch gesessen hat, weist die Angriffe des Präsidenten Wilson auf Frankreich, die dieser in dem Brief an Hitchcock macht, zurück, indem er sagt: „Frankreich kann sich durch die Behauptung Wilsons, daß es imperialistische Pläne verfolge, nicht getroffen fühlen. Aus dem Friedensvertrag geht nicht hervor, daß Frankreich erobersüchtig ist. Wilson selbst hat nach reiflicher Überlegung den Vertrag gutgeheißen. Zur Nichtigstellung der Lage muß ich folgendes hervorheben: Erstens—Wir ersuchten darum, daß unter der Völkergemeinschaft ein internationales Meer gebildet werden soll, worauf die einzelnen Nationen abzurufen. Dieser Vorschlag wurde wiederholt abgelehnt. Zweitens—Die Ber. Staaten haben versprochen, uns zu unterstützen, falls wir in ungedeuter Weise angegriffen werden sollten; aber der Senat hat dieses Versprechen bisher noch nicht ratifiziert. Drittens—Durch den Versäßer Vertrag werden den Alliierten und assoziierten Mächten gewisse militärische Pflichten auferlegt—Befugnis des linken Rheinufers, Schleswigs, Danzigs, Ostpreussens, Memels, Marienwerders, Oberloessens und Teschens. Nur am Rhein stehen ein paar tausend Amerikaner; alle übrigen genannten Gebiete sind von Franzosen besetzt. (Das stimmt nicht ganz; Danzig hat britische Besatzung.—Die Red.) Viertens—Der Friedensvertrag schreibt weiter vor, daß die alliierten und assoziierten Mächte Mandate über gewisse Territorien übernehmen sollen; die Amerikaner aber haben keine Truppen geschickt; und um die Bewohner Kleinasiens vor einem Massaker zu schützen, mußten französische Truppen dorthin geschickt werden. (In Konstantinopel aber sind die Franzosen durch die Maginationen Lord Georges hinter's Licht geführt worden.—Ann. d. Red.) Es ist deshalb unrichtig, Frankreich des Imperialismus beschuldigen zu wollen. In Frankreich hat kein Mensch gegen die beabsichtigte Vergrößerung der amerikanischen Flotte protestiert. Jedermann weiß, daß ich dem Präsidenten meine Meinung nicht verberge; ich bin jedoch der Meinung, daß er in dem Schreiben an Senator Hitchcock Frankreich ungerecht behandelt.

Demokratie ist Deutschlands Rettung

Dieser Ansicht gibt Bernstorff vor einem demokratischen Klub Ausdruck; wie die Revision des Friedensvertrags erreicht werden kann

Präs. Wilson hätte viel Anheil verhilten können

Berlin, 11. März.—Graf Bernstorff sagte vor einem demokratischen Klub, dessen Präsident er ist, Deutschland müsse seinen guten Ruf in den Augen der Welt wieder herstellen, ehe eine Revision des Friedensvertrags erwartet werden könne. Ehe Deutschland die Alliierten nicht davon überzeugt hat, daß es den Bestimmungen des Friedensvertrags nachkommen wird, könne man auf eine Milderung desselben nicht rechnen. „Wir sind noch weit von einer internationalen Verständigung entfernt, und wir dürfen uns wegen der Unverständlichkeit unserer ehemaligen Feinde keinen Aufschub erlauben. Die Frage, ob wir den uns auferlegten Verpflichtungen nachkommen werden, bildet eine Probe unseres guten Willens, und wir müssen diese Probe bestehen, um unseren moralischen Kredit wiederherzustellen, denn nur dann wird es möglich sein, eine Milderung der Bedingungen zu erlangen.“ Während der Debatte über die Bitte der auszuliefernden „Kriegsgeiseln“ wurde es zum ersten Mal klar, daß unsere ehemaligen Feinde sich schwach mit dem Gedanken befaßten, daß der Friedensvertrag revidiert werden müsse. Diese Ansicht verbreitet sich jetzt immer mehr in den alliierten Ländern, wo man politische Fehler befürchtet. Anstatt sich auf ein weitgehendes Programm für den Wiederaufbau zu einigen, erörterten die Diktatoren in Versailles nur die Frage, wie man Deutschland strafen und vernichten könne. Weder Krieg oder Friede hat je einen Staatsmann hervorgebracht, der in der Lage ist, die heutigen Probleme der Welt zu lösen. Die deutsche Diplomatie muß den Kampf an der Spitze aufnehmen, an der Spitze. Wilson hat die Fäden aus der Hand genommen. Herr Wilson hat einen Klugzug jenes Jahres gemacht, wie das Refraktationsproblem gelöst werden kann, und hätte er die auf ihn gesetzten Hoffnungen erfüllt, dann würde das Elend in der Welt weniger groß sein. Er hat das Problem der Refraktation eines gerechten Friedens

leicht berührt, aber nicht gelöst, nachdem er als Erster erklärt hatte, der Krieg dürfe nicht mit der Schaffung eines neuen Gleichgewichts der Mächte enden. Als die Entente Deutschland zu strafen meinte, bezog sie ganz die wirtschaftliche Lage der Welt zu erkennen. Die Besiegten sind nicht imstande, die Kriegskosten der Sieger zu bezahlen, denn die ganze Welt, mit Ausnahme der Ber. Staaten, ist bankrott.“ Bernstorff wiederholte, daß Deutschlands Wiederaufbau nur durch eine demokratische Regierung beneffiziert werden könne, und daß irgend welche Verträge, Deutschland neues Leben und Größe durch andere Mittel zu verleihen, eine Illusion ist, die von vorneherein als Fehlschlag zu betrachten sind.

„Wasser-Liga“ begeistert Gov. Edwards

Beschuldigt ihn der Mißachtung des Protestantismus; beantragt Amerikanismus für sich selbst.

Newark, N. J., 11. März.—Rev. James R. Shields, der Staatspräsident der Anti-Saloonliga, macht einen wilden Ausfall gegen den Gouverneur Edwards, den er der Korbhedelei gegen den Kardinal Gibbons und der Beschimpfung des amerikanischen Protestantismus beschuldigt. Er sagt, Edwards' scheinbar entkoffene, die früheren Kellmeistern der Erntemaschinen, die er zur Abfassung seiner Reden und Interviews verwendete, sehr beschuldigt, daß er kein Kandidat sei. Der Staatssekretär ließ Bryan die selbe Antwort zukommen, die er McLeod erteilte, daß es keine Maßregel gebe, die zur Entfernung von Namen berechtige, für welche Petitionen eingereicht wären.

Appell Horthys an Ungarns Volk Budapest, 11. März.—Ungarns Regent hat eine Rundgebung an das Volk erlassen, in welcher er maßvolle und gerechten Gebrauch der obrigkeitlichen Gewalt und Aufrechterhaltung der Ordnung vertritt. „Extremes Vorgehen müssen unterdrückt werden“, fährt das Manifest fort. „Profitmachen und Korruption müssen aufhören und christliche Moral muß wieder hergestellt werden. Sinnlichen eines Meeres von internationaler Unruhm ist das ungarische Volk das erste, welches seinen Weg zum Zusammenbruch findet. Das Neue Ungarn muß gehörige wirtschaftliche und soziale Verhältnisse für jede Klasse beschaffen, und anstelle von Rache und Haß muß ein gegenseitiges Einverständnis einsetzen, damit der Friede wiederkehren möge.“

Bryan protestiert gegen Kandidatur

Washington, 11. März.—Der demokratische Parteiführer Bryan protestiert gegen die Kandidatur von Senator Hitchcock für die Präsidentschaft.

West Virginia für Frauenstimmrecht

Charleston, W. Va., 11. März.—Die Freunde des Frauenstimmrechts erhielten Gratulationsbotschaften von allen Teilen des Landes wegen ihres sensationellen Sieges, durch welchen die Ratifikation des Frauenstimmrechtsamendments mit 15 gegen 14 Stimmen durch den Senat gezwungen wurde. Die Stimme des Senators Block, der nach einer aufregenden Rede in Charleston eintrat, übertrug das tote Gleichgewicht der Stimmen, welches seit Montag existierte. Weil nur noch die Stimmen von zwei Staaten nötig sind, um die erforderlichen 36 aufzubringen, richtet sich die allgemeine Aufmerksamkeit auf Delaware und Washington, wo die Staatslegislaturen am 22. März zu einer Sonder Sitzung zusammenzutreten.

Griechen für Blutbad verantwortlich

London, 11. März.—Die Verantwortlichkeit für die Ermordung türkischer Zivilpersonen in dem Wäldchen Aidin, die kürzlich stattfand, ist von einer internationalen Kommission der griechischen Wehrmacht zugeprochen worden. Die Kommission vor ernannt worden, die Folgen der Besetzung Smyrnas und der umliegenden Gegend durch die Griechen zu untersuchen. Der Bericht der Kommission, die aus Admiral Bristol für die Ber. Staaten, General Hare für Großbritannien und General D'Almeida für Italien besteht, wird von hohen Räte der Alliierten geheimgehalten. Bonar Law hat im Laufe der Debatte erklärt, daß die Veröffentlichung des Berichts nicht „ratum“ sei. Doch ist in Erfahrung gebracht worden, daß in dem Bericht gesagt wird, die Griechen hätten sich wie Eroberer und Kreuzfahrer benommen und seien verantwortlich für die Unruhm, bei denen das Blut in Strömen geflossen sei. Die Griechen allein seien an dem Blutbad schuldig. Der griechische Kommandant hätte Maßnahmen ergreifen sollen, um seine Truppen zurückzuhalten, aber es sei Tatsache, daß die griechischen Truppen infolge ihres aufgeregten Zustandes und aus Furcht ein wahres Blutbad unter der wehrlosen türkischen Bevölkerung ohne jede Herausforderung angerichtet hätten. Das Vorgehen der Griechen, die nur die Ordnung hätten aufrecht erhalten sollen, habe alle Formen von Anstand verstoßen. Die Besetzung des Gebiets sollte alliierten Truppen anvertraut werden. Annerion des Gebiets sei gegen das Prinzip der Nationalität, da es mit Ausnahme der Städte Smyrna und Ayvalik von türkischen Bewohnern sei.

Wetterbericht

Für Omaha und Umgebung — Regen und kalter heute Abend. Freitag schön. Für Nebraska—Unbestimmt und kalter heute Abend, Regen im östlichen Teile, der in Schnee übergeht. Freitag schön; wärmer im nordwestlichen Teile; starke nordwestliche Winde. Für Iowa—Unbestimmt, mit Regen oder Schnee heute Abend, und im östlichen Teile am Freitag. Räter heute Abend, und im östlichen und südlichen Teilen am Freitag. Starke Winde im Nordwesten.